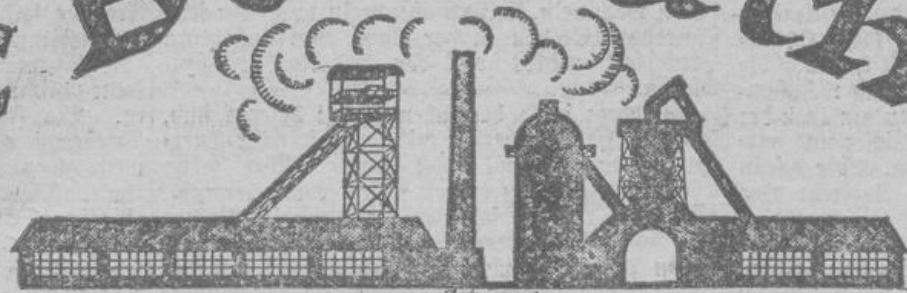


Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergaben 5/1.

Samstag,
10. Januar 1920

Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30 bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

2.
folge

Die Bilanz eines Jahres.

Als vor Jahresfrist der alte Reichsbau Bismarcks ins Wanken und Stürzen kam, da tauchten allerorts besonders kluge Leute auf, die das alles hatten kommen sehen, die mitleidsvoll oder gar geringschätzig auf die Zeitgenossen herabschauten, denen die Macht und die Kraft Deutschlands nicht bloß ein leerer Schall, ein bloßer Name gewesen war. Als es dann galt, eine große einheitliche Mittelpartei des Bürgertums zu bilden, die berufen sein sollte, aus den Trümmern des Zusammenbruchs zu retten, was noch zu retten war, da wurde von diesen Leuten, die sich der besondern Gönnerschaft des „Berliner Tageblattes“ zu erfreuen hatten, die bereitwillig angebotene Mitarbeit mancher alten Liberalen dankend abgelehnt. Diese waren „kompromittiert“, da sie an einen deutschen Sieg oder an den Erfolg des Weltkrieges geglaubt hatten, während doch damals die neuzeitlichen Deutschen schon längst von dessen Unwirksamkeit überzeugt gewesen seien. Als „kompromittiert“ galt, wer auf Ludendorffs und Hindenburgs Feldherrnkunst gebaut hatte, während doch schon der große Bethmann Hollweg an einen Sieg der deutschen Waffen gezweifelt hatte. „Kompromittiert“ war, wer vor übereiften, im übrigen aber als notwendig erkannten innerpolitischen Neuerungen während des Krieges gewarnt hatte. Mit derartig „kompromittierten“ dürfte sich, so meinten die „B. L.“-Männer, die neue bürgerliche Mittelpartei auf keinen Fall belasten. So kam es, daß der im Kaiserreich bereits gespaltene Liberalismus die große Stunde einer restlosen Einigung ungenutzt verstreichen ließ, da doktrinäer Eigensinn jede Verständigung mit den „Kompromittierten“ unmöglich machte. Die neue demokratische Partei war ja mit ihren sozialdemokratischen Zeitgenossen festest überzeugt davon, daß sie alles viel besser machen, alles viel herrlicher ausführen werde, wenn sie vollkommen voraussetzungslos an die große Aufgabe herantraten werde, den Neuaufbau des zertrümmerten Reiches zu zimmern. Der Machtstaat war für sie eine volksgefährliche Erscheinung; statt dessen wollten sie dem Rechtsstaat zu einer völkerverständlichen Wirklichkeit verhelfen.

In den Kreisen der neuen bürgerlichen Demokratie und der Sozialdemokratie herrschte absolute Sicherheit darüber, daß die Bemühungen um dieses Ziel die weitestgehende Unterstützung bei den bisher bekämpften Völkern und deren Regierungen finden würden. Die Leute, die sich bislang nicht hatten genug tun können, Bethmann als einen Ausbund aller politischen Weisheit zu preisen, die aber auch nicht verstanden, alle seine Äußerungen griesgrämischen Mißtrauens in die

Leistung des eigenen Volkes geschäftig weiterzutragen; die Leute, die für einen Völkerbund schwärmten und Wilsons Rede über Weltbeglückung als Bekenntnis eines ehrlichen Willens hinnahmen, waren überzeugt, daß ihre Garben reifen würden, nachdem das von der Entente so heftig befehdelte „militaristische Kaiserium“ in den Staub gesunken war. Mit geradezu brünstiger Verehrung richteten sie ihre Blicke auf den großen Amerikaner. Wie mußte dieser herrliche Mann dem deutschen Volk erst hold gesinnt werden, nachdem es seine alte Staatsform völlig vernichtet, nachdem es sich durch rasche Auflösung seines stolzen, in hundert Schlachten siegreichen Heeres selbst entmannt hatte! Solche Taten vollender Friedfertigkeit konnten, so meinten viele Demokraten von der Farbe des „B. L.“ mit den Sozialdemokraten, doch nicht ohne Rückwirkung auf die feindlichen Völker sein. Dem deutschen Volke, das sich der drückenden Fesseln überlebter Herrschaftsform entwinden hatte, mußten selbstverständlich schon aus Anerkennung für diese Leistung billige Friedensbedingungen sicher sein. Alle Menschen sollten Brüder werden, und die uns bisher ergrimmt bekriegten, würden sich ohne allen Zweifel beeilen, den deutschen Völkerbundsbrüdern hilfreich beizuspringen, ihnen Brot und Rohstoffe liefern, damit sie im neuen, freien Staate ein neues, freies Leben in Gemeinschaft mit den anderen Völkern beginnen könnten. Ja, die kühnsten Schwärmer erträumten sich sogar als natürliche Folge der deutschen Revolution den Sturz von Clemenceau und Lloyd George, ferner beiden zielbewußten Männer, die kraft der ihnen verliehenen, oder von ihnen einfach angewandten diktatorischen Machtbefugnisse ihre Völker aus Stunden schwacher Verzweiflung immer wieder emporgerissen hatten zu dem Glauben an den endlichen Sieg. Die radikale deutsche Presse insbesondere konnte sich nicht genug tun an der Verherrlichung der Weltrevolution, des internationalen Proletariats.

Wie sieht es nun heute mit der Erfüllung dieser Wünsche aus? Heute sind die Leute die „Kompromittierten“, die vor Jahresfrist auf die Verfechter des Machtstaatsgedankens nicht hart genug schelten konnten. Wo war der friedliche, verständigste Geist des großen Wilsons, als in Versailles der Edmundefrieden unterzeichnet wurde? Wo war die verzehrende Milde, die deutsche Leichtgläubigkeit erhofft hatte, als der Oberste Rat von dem wehrlos gewordenen Deutschland in unzähligen Noten immer neue Zugeständnisse erpreßte? Wo war der einmütige Wille des internationalen Proletariats, der dem deutschen Volke eine Minderstützung zuteil werden lassen sollte? In kläglicher Ohnmacht haben wir

uns alles bieten lassen, haben alles hinnahmen müssen, was der rachwütige Sinn eines übermütigen Feindes ausgebrütet hatte. Unseren Reichtum haben wir verloren, über unseren produktiven Kräften wacht das kontrollierende Auge der Entente. Die Freiheit unserer Selbstbestimmung hängt unerreichbar in den Wolken. Über das Recht, das allen gleiche Existenzbedingungen gewährleisten soll, wird von denen verfügt, die uns an Macht überlegen sind. Clemenceau hat durch einen unerhörten Wahlsieg seine Stellung gesichert und schielt begehrlischen Auges nach der Bürgerkrone Poincarés, den er an Chauvin streicher Leidenschaft womöglich noch übertrifft. Auch Lloyd George ist nicht von seinem Platz weggesetzt worden, und Wilson bleibt ein phantastisch dunkles Rätsel, wenn anders nicht die Feststellung geistiger Trübung bei ihm seine Haltung erklären wird. Von einem den Weltfrieden verbürgenden Völkerbund kann keine Rede sein, wenn sich drei Ententestaaten gegen den niedergekämpften Gegner zu gegenseitiger Hilfe durch besondere Vereinbarungen verbinden. Die Hoffnung auf die Internationale, die schon früher eine Utopie war, ist jetzt geradezu eine Lächerlichkeit. Betrogen und getäuscht sieht das deutsche Volk da, und „kompromittiert“ sind alle, die uns vorzutreiben suchten, die Umwälzung sei eine Tat der Bestrafung.

Wenden wir uns auf das Feld der inneren Politik, so bieten sich auch hier dem Auge des Betrachters nur Scherben schöner Illusionen der Novemberkompromittierten. Wo sind die großen Ideen, die vielleicht im Anfang der Umwälzung noch die Gemüter entzündet hatten, geblieben? Aus dem gesunden Streben nach verantwortlicher Mitentscheidung ist vielfach ein widerliches Drängen nach Ministerposten geworden. Und für die breite Masse des Volkes ist der angeblich geistverbefreiende Kampf gegen die alten Gewalten in ein Gefleiß um höhere Löhne entartet, deren Zahlung durch verheerende Streiks ertrachtet wird. Keiner gönnt dem andern mehr eine bevorzugte Stelle, „als könnte jeder nur am Platz des andern Befriedigung verworrenen Wünsche finden, nur dann sich glücklich fühlen, wenn nichts mehr zu unterscheiden wäre“. In allen Augen tracht das Deutsche Reich. Das ist die Bilanz eines Jahres.

Das Steuerbukett des Herrn Erzberger.

Von Christine Huber-Schwarzkopff.

Wenn man von dem Steuerbukett, das uns Herr Erzberger präsentiert, behaupten kann, daß es nicht dazu angetan sei, unsere Lebensfreude zu

erhöhen, so darf man erwidern, daß dies auch nicht der Sinn der Vorlage sei und Steuern das Vergnügen der wenigsten Menschen bedeuten. Es wäre denkbar und wünschenswert gewesen, daß dieser Tausendkünstler, der sich in der Person des Herrn Erzberger produzierte, als Steuerreformer jene Eigenschaften bewiesen hätte, die nun einmal als das bedeutungsvolle und künstlerische Moment bei der Zusammenstellung jedes Straußes in Frage kommen: die Fähigkeit, durch die richtige Abhattierung und zweckmäßige Zusammenstellung von Farben und Düften ein trotz der Verschiedenheit der Materie einheitliches und darum harmonisches Ganzes zu schaffen. Aber daran fehlt es vollständig. Wir haben vielmehr eine „Komposition“ vor uns, die durch die Eintönigkeit ihrer Farben grotesk anmutet, und deren aufdringliches, nach der Gunst der Massen hafendes Parfüm nur abstoßend wirken kann. Wenn wir von einer Kunst des Zusammenstellens der Steuern sprechen wollen, so müssen wir uns zunächst über ihre Haupttaten klar sein.

Als wichtigste Unterscheidungsmerkmale kennen wir die direkten und indirekten Steuern und können diese beiden Kategorien sehr treffend dahin charakterisieren, daß man die direkten Steuern zahlt, wenn man soll und muß, die indirekten, wenn man will und kann. Es steht bis zu einem gewissen Grade in dem Belieben des Einzelnen, die indirekten Steuern, wie die Genußmittel- und Erbschaftsteuern zu vermeiden, indem er sich Genußmittel versagt und Erbschaften ausschlägt, während die direkte Steuer unabhängig von dem Willen des Zahlenden, als Realsteuer, hauptsächlich den Grundbesitz und Gewerbebetrieb trifft und als Personalsteuer erhoben wird. Diese Personalsteuer, die die beiden großen Gruppen der Kapital- und der Einkommensteuer umfaßt, müssen wir uns einmal näher ansehen. Sie unterscheidet sich nämlich dadurch wesentlich von den indirekten Steuern, daß sie die Leistungsfähigkeit der Einzelnen berücksichtigen und daher individuell abgestuft werden kann. Denn während z. B. die Realsteuer sich nicht unmittelbar gegen den Einzelnen richtet, vielmehr eine Personen- oder Berufsgemeinschaft oder einen Komplex von Gütern als solchen trifft (Gewerbebetrieb, Grundbesitz), während ferner die Genuß- und Erbschaftsteuer nicht auf die Verhältnisse dessen, der zu fällig von diesem Vorgang betroffen wird, Rücksicht nehmen kann, kann die Personalsteuer in Form der Kapital- und Einkommensteuer eine ausgesprochen gerechten und sozialen Charakter tragen. Man sollte also meinen, daß in unsere Zeitalter des Sozialismus die soziale Gerechtigkeit auch auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung geübt würde und Herr Erzberger die verschiedenen Steuerarten nach ihrer Eigenart eingeschätzt und berücksichtigt hätte. Aber weit gefehlt! Der sozialistische Gedanke, der der heutigen Steuerepolitik zugrunde liegt, heißt: „Steuern zahlen müssen die Reichen“. Wie aber handhabt man nun die großen Hebel der Steuergesetzgebung, diese „Reichen“ wirklich zu fassen? Die indirekten Steuern versagen bei diesem edlen Werk. Wein, Tabak, Alkohol, Zündhölzer werden dem handarbeitenden Manne mit dem gleichen Preise bezahlt wie von dem „Kapitalisten“. Da nach Ansicht der Sozialdemokratie der muß nur bei dem Besitzenden getroffen werden muß und sich der Steuerhote durch die indirekten Steuern den breiten Massen nahen könnte, stemmt sich die Sozialdemokratie gegen die direkten Steuern überhaupt, ungeachtet der Tatsache, daß jede Steuer, die dem Staat etwas bringen soll, naturgemäß in die breiten Massen gehen muß. Das steuerliche Glaubenskenntnis eines erfolgreichsten Politikers von also heut unschickbar mit dem Satz: „Ich und die indirekten Steuern nach Möglichkeit“, — im folgenden auch den direkten Personalsteuern soweit sie den Einkommenslagen des handtenden Mannes entsprechen, Kampf anzunehmen. Diese fromme Zurückhaltung muß ausgeglichen werden, und Herr Erzberger ist um die nicht verlegen. Gewiß! Er verschont uns ganz mit indirekten Steuern. Aber da, wo er einführt, weiß er durch einen, den Gewerbebetriebe einengenden Kontrollapparat, in erster Linie Verbrauchsgegenstände der „Nicht-Arbeiter“ zu treffen.

(Geislesarbeiter) zu fassen. Gewiß! Er läßt die Hand von der Gewerbe- und Grundsteuer, um sie als einziges, noch bewegliches Steuerobjekt den toten Stadtparlamenten in die Hand zu spielen. Gewiß! Er erhebt eine Einkommensteuer! Betrachtet man sie aber bei Licht, so kommen die Kreise der gewerblichen Arbeiter nicht nur am besten weg, nein, sie sind obendrein durch ein sehr sinnreiches System in der Lage, ihre angebliche Steuerlast restlos auf den Arbeitgeber abzuwälzen.

Nachdem diese heroischen Taten besorgt sind, kann sich Herr Erzberger mit konzentrierter Energie auf das Kapital selbst stürzen. Wir haben nichts dagegen, daß er den Kriegsgewinnler faßt, obgleich der Grundsatz, daß niemand im Kriege sein Kapital um mehr als 200 000 Mark vermehrt haben darf, angesichts des Risikos, das mit der Übernahme vieler Kriegsgeschäfte verbunden war, sehr formalistisch anmutet. Aber die Besteuerung des Kapitals an sich ist berechtigt und das Rückgrat jeder Steuerpolitik überhaupt. Was aber bleibt die aus einfachen Gründen der Gerechtigkeit und des wirtschaftlichen Weitblicks zu fordernde unterschiedliche Behandlung des Kapitals, das dem Luxus und Wohlleben dient, und des Kapitals, mit dessen Hilfe allein an den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens gedacht werden kann? Wie eine Dampfwalze geht der Steuertarif, der bis zu 65 Prozent ansteigt, über die einzelne Existenz hinweg. Er ruiniert den Mann, der sein Leben lang für ein ruhiges Amtsgearbeitet hat, er tötet den Wagemut des Industriellen, er untergräbt die Möglichkeit, Jelschläge in der Konjunktur auszugleichen, er belastet den Kopfarbeiter bis zum Umfinken, er unterbindet schließlich jene bessere Lebenshaltung vieler Kreise, von deren Fortbestehen viele abhängig sind. Aber alle diese Gesichtspunkte sind keine Berücksichtigung! Im Gegenteil! Mit Kapitalbesteuerung ist den Steuerfreunden des publikanischen Untertanen kein Ziel gesetzt. Jetzt entjinnt man sich der Möglichkeit der Kapazentensteuer. Und nachdem aus alles Einkommen des durch die Kapitalsteuer beschneitten Kapitals eine Vorbesteuerung von 10 Prozent gelegt erlebt man ein neues Schauspiel sozialer Gerechtigkeit, in dem nämlich der kleine Rentner, in Rücksicht auf seine mindere Leistungsfähigkeit, keine 10 Prozent ebenso gut zu zahlen hat wie der Millionär. Daß zu dieser bevorzugten Kategorie in Zukunft wohl nur noch diejenigen gehören werden, die dem Steuerfiskus eine Nase zu stecken versprechen, und daß unsere Schieberkreise durch diese Kunst zu hoher Blüte bringen werden, selbst erwarten.

So haben wir eine Steuergesetzgebung vor uns, die ein typisches Bild unserer kranken Zeit ist. Wir erheben gegen sie den schweren Vorwurf, daß sie nicht getragen ist von staatsmännischen Zielen, sondern von dem Bedürfnis, der breiten Masse zu gefallen. Wir sehen, daß sie, um das Wählerreservoir der sozialdemokratischen Partei zu erhöhen, die beiden großen Faktoren des Wirtschaftslebens — Kapital und Arbeit — in diesem Falle der Not nicht gleichmäßig heranzieht. Wir erkennen, daß sie unfähig und ungerecht in gleichem Maße ist, weil sie die Kopfarbeit gegenüber der Handarbeit für vogelfrei erklärt und damit letzten Endes unser Volk dessen beraubt, was es am nötigsten gebraucht: der geistigen Führung.

Darum werden wir das Steuerbulet des Herrn Erzberger, das vielen jetzt so gut gefällt, neben manchem verdorrten Kranz als dürres Blumenbündel auf den Totenbühl eines wirtschaftlich und politisch vernichteten Volkes werfen, das eines der stolzeſten war und das durch eigene Schuld vernichtet werden wird, wenn es nicht im letzten Augenblick gelingt, dem Geiſte wirtschaftlicher Vernunft zum Siege zu verhelfen.

Die Schuld der deutschen Revolution.

„Nachdem die deutschen Sozialisten“, schreibt A. de Guiller Ville im „Temps“, „zur Nacht gekommen waren, mußten sie, da sie an ihr Versprechen gebunden waren, die allernotwendigsten Fragen zurückstellen und ihre ganze geistgeberische

und administrative Kraft auf die Sozialisierung und auf die Umänderung der Gesellschaft nach dem marxistischen Programm verwenden. Diese Haste, die Wünsche des Proletariats zu verwirklichen, hat die Katastrophe beschleunigt. Innerhalb zehn Monaten hat die Revolution das Nationaleigentum, das vier Jahre Krieg angenagt hatte, in Frage gestellt. Die beabsichtigten Steuern und die angekündigte Vermögensbeschlagnahme haben eine Auswanderung des Kapitals bewirkt, die keine polizeiliche Maßnahme aufzuhalten imstande ist. Die Fabriken, Maschinen, Gebäulichkeiten, überhaupt alles, was nicht auswandern kann, wird zu niedrigen Preisen an Ausländer verkauft. Die Engländer kaufen die Ruhrzechen, die „National City Bank“ aus New-York läßt sich in Berlin und anderen Städten nieder, die „Guaranty Trust Company“ hat ebenfalls mehrere Agenturen in Deutschland. . . Dieser Prozeß wird durch die Bezahlung der Kriegskosten, die ein halbes Jahrhundert lang das Ergebnis der deutschen Arbeit wegnimmt, begünstigt, und die deutsche Regierung stellt mit Schrecken diesen Fortschritt auf dem Kennen zum Abgrunde fest, aber es fehlt ihr der Mut, zuzugeben, daß ihre marxistischen Utopien nicht verwirklicht werden können. Sie zieht vor, die Illusionen ihrer Anhänger dadurch zu verwirren, daß sie immer höhere Löhne bewilligt, den Arbeitslosen Naturalien und Geldunterstützungen zukommen läßt, und zwar in einer Höhe, die selbst durch die höchsten Steuern nicht ausgeglichen werden kann. Diese verderblichen Maßnahmen werden so lange dauern, wie das sozialistische Regime dauert, und wenn die politische und finanzielle Reaktion zu lange auf sich warten läßt, dann wird eine vollständige Entwertung der Mark und der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands die Folge sein. Bald wird man nichts mehr in Deutschland finden können. Ein Abgeordneter sagte eines Tages in Weimar: „Wir werden von einem dauernd tagenden sozialistischen Kongreß regiert.“ Diese Ironie charakterisiert sehr richtig den Geisteszustand der heute Minister gewordenen „Genossen.“ Wie auf ihrem Konorek, so fahren sie auch heute fort, das Glück des Volkes durch Methoden herbeizuführen, über die man nur lachen kann, wenn lachen heute angebracht wäre. Man hat den Eindruck, daß alles in die Brüche geht.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Das schlechte Gewissen.

Nach einer vom „Vorwärts“ bestätigten Meldung hat die Reichsregierung in einer feierlichen Kabinettsitzung den Beschluß gefaßt, die kurzen Anträgen der Reichsparteien in der Nationalversammlung künftig nicht mehr kurz und rein sachlich, sondern mit ausführlicher Begründung und gegebenenfalls in scharfer Form zu beantworten. Dieser Beschluß entspringt ganz offenkundig der Absicht, abschreckend auf die Fraktionisten zu wirken, und zwar dadurch, daß man an Stelle der erbekenen sachlichen Auskunft dem Abgeordneten eine scharfe, polemische Zurückweisung zuteil werden läßt.

Es ist außerordentlich bezeichnend, daß die demokratisch-sozialdemokratische Regierung sich anstrengt, eine parlamentarische Einrichtung hinzuzulegen, die seinerzeit der alten Regierung als ein großer demokratischer Fortschritt abgerufen worden ist. Als die kurzen Anfragen auf stürmisches Verlangen, namentlich der fortschrittlichen und sozialdemokratischen Kreise eingeführt wurden, glaubte man damals, den ersten Schritt auf der Bahn zum parlamentarischen System getan zu haben. Nachdem dieses System mittlerweile, wenigstens dem Buchstaben der Verfassung nach, his zur letzten Konsequenz eingeführt worden ist, sind die kurzen Anfragen der heutigen Regierung schon wieder unbequem geworden. Das Kabinett stellt zur Begründung dieses Schrittes die Behauptung auf, die Einrichtung der kurzen Anfragen werde von den Rechtsparteien agitatorisch ausgenutzt. Damit glaubt man es also rechtfertigen zu können, wenn man gleichsam zur Abwehr den Anfragern die Fragestellung verleidet und erschwert. Wie kann doch diese Revolutionsregierung zuweilen noch sein kann! Sie hat sich offenbar bisher

eingebildet, daß die parlamentarischen kurzen Anfragen dazu da seien, der Regierung Liebenswürdigkeiten zu sagen, oder ihr Gelegenheit zu geben, den Glanz ihrer Unfehlbarkeit vor allem Volke erstrahlen zu lassen. Vielleicht aber weiß sie noch aus den Tagen, in den ihre Parteien Oppositon machten, daß gerade die kurze Anfrage dazu bestimmt ist, die Regierung zur Rede und Antwort über Vorgänge zu veranlassen, die sie lieber für sich behalten möchte. Wenn die kurze Anfrage als parlamentarische Waffe überhaupt einen Sinn haben soll, so muß sie für diesen Zweck in erster Linie da sein. Unsere Regierung aber möchte sich dem unbequemen Frager gegenüber auf das Schmolken verlegen.

Wahrlich nicht wird sich die sozialdemokratische Regierungsmehrheit auch diesen Schlag gegen ein demokratisches Recht gefallen lassen. Man soll aber ja nicht versuchen, die Verantwortung dafür den Rechtsparteien zuzuschreiben, die nur ihr gutes Recht ausüben, wenn sie die Regierung auf die Frageprobe stellen. Der wunde Punkt liegt an einer ganz anderen Stelle. Eine Regierung, die ein gutes Gewissen hat, wird nichts dagegen haben, daß man sie ausfragt. Sie fühlt sich jeder Fragestellung gewachsen. Nur das böse Gewissen scheut sich, Rede und Antwort zu stehen, und nur wer das Kerbholz voll hat, wird unwirksam und ungehörig, wenn man ihn nach dem Stand seines Credits fragt. Unter diesen Umständen ist es allerdings nicht verwunderlich, wenn die Regierung das demokratische Fragerrecht im Parlament lahmzulegen versucht. Es gibt offenbar genug dunkle Punkte, in denen sie das Recht einer aufhellenden Frage zu scheuen hat.

Der Tod der deutschen Hanse.

Die Vorkommnisse der letzten Zeit lassen keinen Zweifel mehr darüber, in welcher Weise der 12. Teil des Friedensvertrages, der von den deutschen Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen handelt, aufzufassen ist. Er soll ein Instrument sein, die deutschen Häfen und damit den deutschen Außenhandel auszuhalten und die Versorgung Mittel- und Osteuropas unter die Kontrolle Englands zu stellen. Dieser Zweck wird erreicht durch die Wegnahme der deutschen Handelsflotte, durch die Auslieferung des Hafenmaterials, die den Wiederaufbau unserer Handelsflotte unmöglich machen soll, — wie einige Artikel des „Temps“ beweisen, lediglich ein Verlangen Englands, — und durch verschiedene Bestimmungen des Friedensvertrages.

Durch diesen Vertrag sind die großen deutschen Flüsse international geworden. Ausschüffe, in denen die deutschen Vertreter keinen ausschlaggebenden Einfluß haben, bestimmen darüber, welche Instandsetzungsarbeiten vorzunehmen sind. Auf diese Weise kann z. B. der Seeverkehr bis Hamburg vollkommen dadurch unterbunden werden, daß man die Ausbaggerung der Flußmündung bis zu der notwendigen Tiefe nicht vornehmen läßt. Die Engländer haben in der europäischen Donaukommission von 1856 so „gearbeitet“, daß die Donau dem englischen Umschlagverkehr nicht gefährlich werden kann. Bei dem Einflusse Hamburgs, der sich nach Süden hin bis Triest erstreckt, ist es bemerkenswert, daß in der Elbekommission ein Italiener sitzt. Auch der Belgier, der darin vertreten ist, hat nur das Interesse an der Elbischifffahrt, daß sie Antwerpen keine Konkurrenz macht. Im Friedensvertrage wird Belgien nämlich das Recht zugestanden, einen Maas-Rhein-Kanal zu schaffen; dieser würde mit dem Mittelkanal einen zusammenhängenden Wasserweg von Antwerpen bis an das Schwarze Meer herstellen. Nimmt man hinzu, daß bei Antwerpen Kohlen erhoben worden sind, und daß die deutschen Nordseehäfen für den Ueberseeverkehr ungünstig liegen, so ist an einen gewaltigen Aufschwung Antwerpens auf Kosten der deutschen Häfen bei unserer gegenwärtigen Lage kaum zu zweifeln. Auch unsere Ostseehäfen sollen lahmgelegt werden. In der östlichen Ostsee hat sich England das Me-

resgebiet gesichert, Danzig wird unter seinem Einflusse stehen, und auch die russischen Ostseeprovinzen versucht England unter seine Kontrolle zu bringen. In der westlichen Ostsee ist Kopenhagen als Umschlagplatz Englands für die Ostseestaaten auszuweisen; Amerika und England haben in dem letzten Jahre namhafte Kapitalien in Kopenhagener Unternehmungen gesteckt. Es verdient in diesem Zusammenhange festgestellt zu werden, daß in der Oberkommission auch ein Däne vertreten ist.

Der von dem Hauptumschlagplatz London aus geleitete englische Handel mit Mittel- und Westeuropa soll also in Zukunft unter Ausschaltung der deutschen Häfen drei Einfallsporten besitzen: Antwerpen, Kopenhagen und die östlichen Ostseehäfen. — Die deutsche Hanse als Städtebund zum Schutz des deutschen Eigen- und Durchfuhrhandels ist zwar schon seit Jahrhunderten aufgelöst, aber ihr Zweck lebte in den Ost- und Nordseehäfen des Deutschen Reiches fort. Den Tod der deutschen Hanse und ihrer Ueberlieferung bringen erst die Paragraphen von Versailles.

Die „gottverdamnten Dummköpfe“.

Oskar I. Schweriner erzählt in der „Bos. Ztg.“ in einer Plauderei aus dem Haag folgendes:

Alles fährt zum deutschen Schlenkermarkt. Alle Welt will mittun bei dem großen Ausverkauf zu Schlenkerpreisen. Ein jeder will sich gern etwas schenken lassen, denn Deutschland verschenkt; verschenkt seinen Besitz, verschenkt sich selbst.

Die Eisenbahnzüge aller Richtungen sind pfeifenvoll. In Station Zoologischer Garten, Berlin, kein Platz mehr zu bekommen im holländischen Zuge. Selbst kaum ein Stehplatz im Korridor.

In der 1. Klasse meines Zuges sitzen acht Amerikaner. Im Abteil daneben Franzosen. Weiter hinauf Holländer. Instinktiv scheint man sich nach Nationalitäten eingeteilt zu haben. Im Korridor alle Sprachen durcheinander. Hier und da hört man sogar ein deutsches Wort. Die Deutschen flüstern; die anderen sprechen laut vernünftig.

Am lautesten scheinen die Amerikaner zu sprechen. Die Tür ihres Abteils ist nicht ganz geschlossen; ich bin gezwungen, im Korridor Bruchstücke ihrer Unterhaltung mit anzuhören.

„Belgium and France will swallow them right enough!“ („Belgien und Frankreich werden sie komplett auffressen.“)

„Boy a lot?“ („Wollen Sie eine Partie kaufen?“)

„A lot? Thousands and thousands!“ („Eine Partie? Tausende und aber Tausende.“)

Tiefes, selbstzufriedenes Lachen. Dann, nach kurzer Pause, eine andere Stimme im Brustton tiefster Ueberzeugung:

„Aren't they a lot of damned fools, though?“ („Sind sie nicht schließlich eine Gesellschaft von gottverdamnten Dummköpfen?“)

Und alle Anwesenden in demselben Tone:

„Aren't they, though!“ („Wahrhaftig.“)

Wobei nicht ganz klar ist, wer die „damned fools“ sind: die Deutschen, die Belgier oder die Franzosen. Ich glaube, die Amerikaner meinten alle; die Deutschen aber in allererster Linie.

Das Gedränge im Korridor nimmt ab. Zuerst ohne ersichtlichen Grund, denn der Zug hat nicht gehalten; es ist niemand aus- oder eingestiegen. Bald fällt es aber auf, daß nur noch Deutsche im Korridor stehen. In den Coupés ist man zusammengekauert, um den stehenden Landsteuten Platz zu machen. Jetzt sitzen sie alle unter sich: Amerikaner und Engländer und Franzosen und Neutrale. Zehn bis zwölf Menschen in einem Abteil. Aber sie sitzen, ruhen, wärmen sich. Draußen in der Kälte im zugen Korridor, stehen müde und matt die Deutschen. Der Zug raselt weiter über deutschen Boden.

Unter den Holländern befand sich einer, der mich kannte. Er rügte mich in sein Abteil, fast

hätte ich gesagt in die holländische Abteilung. Ich war der zehnte Mann im engen Raum. Alle übrigen ausnahmslos Niederländer.

Sie kamen alle aus Berlin. Einer war zuvor in Remscheid, einer in Thüringen gewesen. Alle waren sie entzückt von ihren geschäftlichen Erfolgen. Und betonten, alleamt gleichzeitig, daß sie das Deutschland von heute nicht mehr verstehen können. Weder die wilde Verschwendungssucht, noch die ihnen völlig unbegreifliche deutsche Handelstaktik. Und sie erzählten ihre Erlebnisse.

Ein Mann sagte:

„Ich bin Maschinensabrikant. Gestern ging ich in einen Laden in Berlin, um mir einen Schlips zu kaufen. Sehen Sie diesen Schlips. Er kostet 20 Mark! Was dürfte der wohl in Holland kosten?“

Allgemeine Betrachtungen. Man einigte sich auf 6 bis 8 Gulden.

„Sagen wir 8 Gulden“, meinte der Fabrikant. „Das ist niedrig gegriffen, so daß ich mir jedes in Betracht kommende Geschäft für 4 Gulden gern abkaufen wird. Zwei Gulden habe ich bezahlt. Ist die Rechnung einfach?“

„Sehr“, sagte ich. „Aber Sie sind doch Maschinensabrikant.“

„Was schadet das? Ich habe dem Mann sofort und ohne zu feilschen, seine sämtlichen Kravatten abgekauft. Er hatte 4000 Stück im Laden; jede zu 20 Mark das Stück.“

Er wies auf eine große Handtasche.

„Diese ist voll. Und im Großgepäck habe ich die anderen. Ich habe, ohne mich zu bemühen, achtaufend Gulden verdient. Warum sollte ich die Gelegenheit nicht wahrnehmen?“

Sein Gegenüber lachte.

„Das ist eigentlich komisch. Ich bin nämlich Schlipfabrikant, und da habe ich in Thüringen einen enormen Posten Porzellan aufgekauft.“

Er öffnete eine Handtasche und zeigte die Mustertaschen, Untertassen, Milchannen usw.

Vor acht Tagen bot ich dem Fabrikant etwas weniger, als er verlangte. Und aus dem Handel wurde nichts. Im Laufe der Woche aber fiel die Mark wieder um einige Punkte. Gestern ging ich zu dem Fabrikanten zurück und erklärte, auf sein Angebot einzugehen. Wir schlossen den Kauf ab. Und ich zahlte dem Fabrikanten 70 000 Mark weniger als die Summe, die ich ihm zuerst angeboten hatte. Das heißt, er erhielt wohl die Summe in Mark, die er haben wollte, ich aber ersparte 7000 Gulden, also siebzigtausend Mark. Ich muß sagen, ich verstehe das nicht. Hatte der Mann keine Ahnung, daß die Mark wieder gefallen war? Denn daß ich Holländer bin, wußte er. Ich hätte die 70 000 Mark ohne weiteres mit ihm geteilt und noch ein gutes Geschäft dabei gemacht.“

Und die Holländer schüttelten die Köpfe.

„Es scheint mir“, sagte mein Bekannter, „daß die Deutschen mit dem Kriege auch ihre all- berühmte Geschäftstüchtigkeit verloren haben. Es ist, als ob sie sich um jeden Preis gerade der einzigen Dinge entledigen wollen, die unter den heutigen Umständen für sie noch Wert haben können. Nämlich Waren. Wie ein großer Ramschverkauf vor dem sicheren Konkurs mietet das an. Daher auch zum Teil das Mißtrauen des Auslandes. Und das immer weitere Sinken der Mark. Da habe ich z. B. —“

Und er fing eine ähnliche Geschichte zu erzählen an. Immer dieselbe Geschichte — — —

Im Haag angekommen, treffe ich holländische Bekannte auf dem Bahnhof. Ein junges Ehepaar. Sie fahren morgen nach Deutschland. Freudestrahelnd erzählen sie mir von ihrem Entschluß.

„Bei der Wohnungsnot im Haag war es natürlich leicht, unsere Wohnung mißliert zu vermieten. Wir bekommen dafür 200 Gulden monatlich. Wir zahlen 30 Gulden Miete. Das läßt uns 170 Gulden Ueberschuß. Nach dem heutigen Stand der Valuta sind das etwa 2000 Mark. Damit können wir in Deutschland sein leben. Wozu noch arbeiten?“

„Das ist wohl die neueste holländische Industrie“, fragte ich scherzend.

„Warum nicht? Van Riel hat es ebenso gemacht. Er wohnt jetzt in Heidelberg. Und Dieckmans in Weinheim. Und —“. Er nennt eine ganze

Reihe gemeinschaftlicher Belannter. „Warum nicht?“ —
Eben! Warum auch wirklich nicht! Die Deutschen sind ein arbeitssames Volk. Warum sollen sie nur für die Entente allein arbeiten und nicht ein wenig auch noch für andere nebenbei? Was natürlich am besten dadurch zu erreichen ist, daß man alle wirklichen Werte schleunigst verschleudert.
Fools! Gells! Anerkannte Narren in allen Sprachen.

„Meine Erlebnisse aus Ostafrika“.

Von General v. Lettow-Vorbeck.

Unter diesem schlichten Titel hat Lettow-Vorbeck, der ruhmreiche Führer im ostafrikanischen Feldzug, soeben ein Werk der Öffentlichkeit übergeben. In dem er die Geschichte dieses mehr als vierjährigen Heldenkampfes, der seinesgleichen in der Weltgeschichte nicht besitzt, beschreibt hat. Für jeden Deutschen, der das Buch liest, mag er in der Schuttruppe, in der Armee oder in der Marine mitgekämpft haben, oder mag er in der Heimat oder im Ausland miterlebt haben, wie der Weltkrieg alle Dinge umgestaltet oder neugeformt hat, bedeutet das Lettow-Vorbeck-Buch ein Ereignis. Wir müssen dem tapferen, nie beliegten Heerführer dankbar dafür sein, daß er in derselben Weise, wie Lubendorff es getan hat und Hindenburg es tun wird, durch sein Werk deutschem Heldengeist, deutschem Führergeist und seinem eigenen, jedem Feinde überlegenen Heldengeiste ein unzerstörbares Denkmal gesetzt hat. In einer für den Berufssoldaten, wie für jeden anderen, leichtverständlichen, ungemein fesselnden Art erzählt uns Lettow-Vorbeck von seinen strategischen und taktischen Bewegungen, Plänen und Handlungen, von den fast nie abbrechenden Gefechten, von denen der Gefechtskalender weit über tausend aufweist, und von den Anstrengungen der Bevölkerung der Kolonien hinter der Front. Auf den beigefügten Karten, auf denen die Marschroute des Hauptfeldes der Schuttruppen eingezeichnet ist, können wir sehr gut den Kriegsschauplatz und die ihn umgebenden Länder übersehen. 21 Bewegungs- und Gefechtskizzen, von der Hand Lettow-Vorbecks selber, geben uns die Möglichkeit, uns über den Verlauf der meisten größeren Gefechte ein klares Bild zu machen.

Erst im Jahre 1914 hatte Lettow-Vorbeck den Oberbefehl über die ostafrikanischen Schuttruppen übernommen. Niemand in der Kolonie dachte im entferntesten an einen Krieg. Nur die Engländer verbreiteten bereits im Juni 1914 unter den Eingeborenen das Gerücht, daß bald die Engländer an Stelle der Deutschen die Herren der Kolonie sein würden.

Von dem Augenblick an, in dem die Nachricht vom Kriege eingetroffen war, sah Lettow-Vorbeck seine Hauptaufgabe darin, so zahlreiche feindliche Streiktruppen wie nur irgend möglich zu binden, um sie so vom heimatischen Kriegsschauplatz abzuwenden. Daß das Schicksal der Kolonie auf den europäischen Schlachtfeldern entschieden werden würde, war ihm niemals zweifelhaft. Inwieweit es ihm gelungen ist, sein hochgestelltes Ziel zu erreichen, beweisen einige Zusammenstellungen in der englischen Presse.

Nach diesen haben über 130 Generale gegen die ostafrikanischen Schuttruppen im Felde gebot. Die Gesamtstärke der feindlichen Soldaten betrug dreihunderttausend, die Verluste an Toten über 60 000! Mehr als 20 Millionen hat dem Feinde der ostafrikanische Feldzug gekostet, und Lettow-Vorbecks Streitmacht betrug selbst in der Zeit der größten Machtkonzentration,

*) General von Lettow-Vorbeck, „Meine Erinnerungen aus Ostafrika“. Vornehm illustriertes Buchwerk. Mit einem farbigen Porträt des Verfassers, 20 Holzschnitten von W. v. Rüdtschell, einer Ubersichtskarte von Afrika und einer Karte von Ostafrika und der angrenzenden Gebiete mit Angabe des Zuges der Lettowischen Truppe, sowie 21 Gefechts- und Bewegungsskizzen von der Hand des Generals (in Holzschnitt). Leipzig, K. F. Köhler, Verlag, Preis geb. 35 M.

nicht mehr als 3000 Europäer und 11 000 schwarze Soldaten (Askari)!

Aus seinen „Erinnerungen“ erfahren wir, wie es geschehen konnte, daß diese Truppen aus tausendfachen Gefechten, dank ihrer überlegenen militärischen Leistungen, dank der unvergleichlichen Initiative der Unterführer und dank des Heldennutzens des Oberbefehlshabers, immer wieder als Sieger hervorgingen.

Mit Staunen erkennen wir, wie Lettow-Vorbeck immer wieder die Pläne des Gegners richtig durchschaute und rechtzeitig durchkreuzte.

Die Grenzverteidigung der Kolonien hat Lettow-Vorbeck nur mit geringen Streitkräften ausführen lassen, die er später wieder mit seiner Hauptmacht vereinigte. Mit dem Hauptteil der Schuttruppe griff er bei Kriegsbeginn den Feind an seiner Hauptlebensader an, an der sich nördlich der deutschen Grenze in Britisch-Ostafrika hinziehenden Ugandabahn, und diese Freiheit des Handlens hat er sich bis zum Ende des vierjährigen Krieges stets zu wahren gewußt. Dieses letzte Nordgebiet unserer blühenden Kolonie um den Kilimandscharo herum wurde seine erste Operationsbasis. Der erste großartige Versuch des Feindes, ihm diese Operation zu nehmen, war die Truppenlandung bei Tanga. Wie später noch oft, orientiert sich Lettow-Vorbeck durch einen lässigen nächtlichen Patrouillengang, wählt eine umfassenste Aufstellung für seine rechtzeitig westlich Tanga konzentrierten Truppen und bringt dann dem gelandeten Feind eine vernichtende Niederlage bei. Am 18. 1. 15 schloß er den Feind wiederum entscheidend bei Jasin, führt dann aber, mit Rücksicht auf seine belchränkte Munition, in der Voraussicht einer längeren Dauer des Krieges, lange Zeit nur Kleinkrieg. Die Beschreibung dieses Kleinkrieges im Berggelände, in den Steppen und im Busch ist im höchsten Grade fesselnd. Wir lesen von kühnen Patrouillenritten, Ueberraschungen von kleineren Truppenteilen im Busch, Erbeutung von Pferdeherden und Lastenkamelen und dann wieder von ernsthaften Gefechten der selbständigen Abteilungen der Unterführer. Diese Kämpfe im Busch bildeten die Vorstufe für alle die stürmischen Kämpfe, die die Lettowischen Truppen späterhin noch gegen die gewaltige Uebermacht bekämpften.

Durch den erfolgreichen Kleinkrieg oelngt es Lettow-Vorbeck und seinen Unterführern, im Westen und Osten die Kolonie bis Anfang des Jahres 1916 in der Hauptsache vom Feinde freizuhalten und die Ugandabahn schwer zu schädigen. Im Innern der Kolonie wird mittlerweile fieberhaft gearbeitet, um ein Durchhalten zu ermöglichen. Handspinnereien und Webereien entstehen, um das zahlreich vorhandene Rohmaterial zu Fertigfabrikaten zu verarbeiten. Geniale Erfinder stellen Autoaummreifen, Benzolersatz u. a. her. Es entwickelt sich ein eigenartiges, an die Schaffenskraft eines Robinson erinnerndes Leben.

Im Februar 1916 beginnt der konzentrische Angriff einer ungeheuren Uebermacht. Die Südwestafrikaner sind e'ngetroffen. General Smuts übernimmt das Kommando. Unter fortgesetzten heftigen Kämpfen, meist gegen 4- bis 7fache Uebermacht, zieht sich Lettow-Vorbeck nach dem Süden zurück. Stets weicht er einem Kampfe mit der konzentrierten feindlichen Macht aus, greift aber den getrennt marschierenden Geener mit vollendetem taktischen Geschick an und schloß ihn, wo er ihn trifft. Zwei deutsche Hilfschiffe bringen ihm Kriegsmaterial, dazu kommen die 105 Zentimeter-Geschütze der „Königsberg“. Im übrigen vervollständigt er die Bewaffnung seiner Truppen ständig durch die ungeheure Beute, die seine Truppen in ihren heftigen Gefechten machen. So reißt sich Heldentat an Heldentat. Viele der Tapferen geben ihr Leben im heftigen Kampfe Mann gegen Mann dahin. Hunger, Krankheiten und Anstrengungen können nicht den kriegerischen Geist der Truppen ertöten. Monotonisch selbst der Führer am Boden. Die Malaria münde und die Typhusliege räumen unter Menschen und Vieh auf, und trotzdem behält die Truppe dem Feinde gegenüber stets das Gefühl der kriegerischen Ueberlegenheit. Im Jahre 1917 reißt Hauptmann von Liebermann mit wenigen Kompanien bei Karungombe das

7. und 8. südafrikanische Europäerregiment fast vollständig auf. In den Tagen vom 14. bis 17. Oktober 1917 schlägt Lettow-Vorbeck mit 1500 Mann 4000 Mann unter General Beves vollständig, so daß 1500 Tote auf der Walstatt liegen und fast unermessliche Beute in seine Hände fällt. Immer weiter weicht Lettow-Vorbeck der ungeheuren Macht nach Süden zu aus. Am 25. November 1917 wird mit dem Durchwaten des Komuma die portugiesische Grenze überschritten und somit das Gebiet der deutschen Kolonie verlassen. Und wieder beginnt ein neuer Siegeszug. Wo die Portugiesen in Mozambique gestellt werden, werden sie geschlagen. Ungeheure Beute an Waffen und Proviant fällt immer wieder in die Hände der Sieger. Im Juli 1918 wird bei Nama Morru das Hauptlager der Portugiesen stürmend genommen.

Der gewaltige Flußlauf des Sambesi gebietet endlich Lettows Vormarsch nach Süden Halt. Er macht kehrt, umgeht die nachdrängenden Engländer, schlägt einen Teil derselben vernichtend und zieht seinen Zug erst nach Westen und dann nach Norden fort. Noch einmal führt ihn sein Zug mit seiner infolge Verpflegungsschwierigkeiten stark verringerten, aber ausgefuchten Heldenschar durch deutsches Gebiet, dann fällt er am 31. Oktober 1918 kühn in Britisch-Rhodesien ein. Wieder schreitet er von Erfolg zu Erfolg. Er mutet sich zu, den Feldzug noch ein weiteres Jahr mit seinen tapferen Truppen, Deutschen und Askaris, auszuhalten, da macht die Nachricht vom Waffenstillstand diesem mehr als vierjährigen Kriegszug ein Ende.

Lettow-Vorbeck und seine Heldenschar haben sich als echte Angehörige des deutschen Volkes bewiesen, das in seinen kriegerischen Eigenschaften jedem anderen Volke der Welt überlegen ist. Heldentum haben sie einen Gegner bekämpft, den sie niemals besiegen konnten, weil es uns Deutschen während des Weltkrieges nicht gelungen ist, die Seeherrschaft zu erkämpfen.

Das Lettow-Vorbeck-Buch ist ein Buch, das noch nach Jahrhunderten gelesen wird, so wie wir noch jetzt im Nibelungenlied von deutschen Helden und Kriegsfahrten hören. Die ganze zivilisierte Menschheit hat ein Anrecht auf die Geschichte dieses Heldenzuges, die einen Höhepunkt menschlicher Leistungsfähigkeit und edelster kriegerischer Tugenden darstellt. Ein hervorragender Unterführer Lettow-Vorbecks, der Hauptmann von Rüdtschell, ein hochbegabter Künstler, hat das Werk mit Illustrationen versehen, die ich als den schönsten und eigenartigsten Buchschmuck bezeichnen möchte, den ich in dieser Art jemals gesehen habe. Auch sonst unterscheidet sich das mit so zahlreichen Karten und Gefechtskizzen vorzüglich ausgestattete Werk sehr vorteilhaft von anderen augenblicklichen Erzeugnissen des Buchgewerbes dadurch, daß es mit künstlerischem Geschmak in bester Friedensqualität ausgeführt ist. Möge dieses vorzügliche Buch seinen Weg in das Heim jedes echten Deutschen, überhaupt jedes echten Mannes finden.

Korvettenkapitän a. D. von Hase.

Die Politik der Woche.

Jeder Namenszug unserer Reichsvertreter kostet uns Millionen und aber Millionen, mitunter Milliarden und aber Milliarden Mark, oder neue Jahrzehnte der demnächst einlegenden Fronarbeit, so daß noch die Kindeskinde darunter seufzen und das heutige Geschlecht verfluchen werden. Nun soll die angeblich letzte Unterfährst geleistet sein, die unter das sogenannte Pariser Zusatzprotokoll, das von uns 400 000 Tonnen Krane, Hebewerke, Bagger und sonstiges Hafenmaterial, dazu unsere letzten fünf kleinen Kreuzer erpreßt, so daß wir nicht einmal mehr in der Lage sind, die Seepolizei in unseren eigenen Küstengewässern auszuüben. Jeder fremde kleine Fischdampfer kann unsere Fanggründe ausrauben und das Deutsche Reich verlassen, das kaum mehr über die Machtmittel der Neerepublik Liberia verfügt. Und wenn die 400 000 Tonnen ganz abverlangt und sofort zu liefern wären, was man noch vermeiden zu können hofft, so würden unsere großen Flukthäfen ebenso ver-

landen, w
ellen beg
Docks f
aufbau d
wenige
nicht an
Welt d
den Leib
Brenn
entschä
mora
Kale wa
zwei lator
den Befe
Melbun
unser Ei
nach Nat
Mißstand
türsch
Deutschl
der Krieg
Kriegen
Jahr d
— der ba
danernd
kommen
einzig und
Republik.

Durch
vertr
Regierung
der Enten
Jeder
leiten
auf a
mal schme
ziering de
gerüdt, da
gesprochen
diger, je o
der Klarh
gehen. Z
Deutschen
denen der
Verlang
Krecher
ei
offen Ding
Nege, denn
halten kön
donsertro
Punktuat
gleichzeit
ausländisch
rungsbedin
sei eben u
Berliner
die Anstie
genoff
la. a der
kein Schw
daß die deu
Gefühl über
Kriegsver
Indi, wie
dementiere
Reichsprä
Hefung
dieses E
erlebte, als
les sein Un
beraer in
Deutschland
glauben es
sich mit H
rung deut
Art, wie
der Entente
Erfahrung
weiter zeig
den Strid

Die De
haben Jah
weil sie nich
Regierung,
der einzut
nen Anstand
kam, gemad
Jannern die

landen, wie unsere Industrie augenblicklich zu vor-
rücken beginnt, und mangels von Hebelkräften und
Docks könnten auch die Werften mit dem Wieder-
aufbau der deutschen Handelsflotte, die sich bis auf
wenige kleine Pampfer in Feindesbesitz befindet,
nicht anfangen. Das große Erschrecken der deutschen
Arbeit droht; die ersten Schauer laufen uns über
den Leib. Es geht uns wie den vom Gallier
Brennus besiegten Römern, die die ganze Kriegs-
entschädigung in Gold ihm vorgewogen hatten,
morauf er aber noch sein Schwert in die Wag-
schale warf und als einzigen Grund dafür die
zwei lateinischen Worte sagte: „Vae victis!“, wehe
den Besiegten. Nach bisher unwidersprochenen
Meditionen verlangt das Pariser Zusatzprotokoll
unsere Einwilligung dazwischen, daß der Feind auch
nach Ratifizierung des Friedens, wenn wir im
Mißstande mit unseren Leistungen bleiben, mili-
tärisch gegen uns vorgeht und weitere Teile
Deutschlands besetzt. Seit vierzehn Monaten ist
der Krieg zu Ende. Die Republik, die uns den
Krieg zu bringen verhieß, hat länger als ein
Jahr daran gearbeitet und nichts erreicht außer
— der dauernden Kriegsgefahr für uns, der
dauernden Erpressung unter Kriegsrecht, der voll-
kommenen Unsicherheit des Landes. Sicher ist
einzig und allein unsere Verelendung unter dieser
Republik.

Durch den schmachvollen Friedens-
vertrag von Versailles ist der deutschen
Regierung die Verpflichtung auferlegt worden,
der Entente bei der Aburteilung deut-
scher Opfer Handlangerdienste zu
leisten. Diese in Wahrheit brennende Frage, die
auf dem nationalen Gewissen wie ein Brand-
mal schmerzt, ist durch die bevorstehende Ratifi-
zierung der Friedensurkunde in so bezeichnender
Nähe gerückt, daß ein offenes und klares Wort darüber
gesprochen werden muß. Das ist um so notwen-
diger, je offenkundiger die Regierung bemüht ist,
der Klarheit und Offenheit aus dem Wege zu
gehen. Zwar hat es nicht an Artikeln in der
„Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gefehlt, in
denen der Entente klar gemacht wurde, daß ihr
Verlangen nach der Auslieferung deutscher „Ver-
brecher“ eigentlich unerfüllbar sei, daß es vor
allen Dingen nicht im Interesse der Entente selbst
liege, denn die jegliche Regierung werde sich nicht
halten können, wenn ihr die Erfüllung des Fried-
ensvertrages auch in diesem, seinem schwärzesten
Punkt zugeteilt werde. Aber wie kommt es, daß
gleichzeitig ein Mann, wie Herr Scheidemann,
ausländischen Journalisten erklärt, die Ausliefe-
rungsbedingung sei zwar hart, aber unterschrieben
sei eben unterschrieben, wie kommt es, daß im
„Berliner Tageblatt“ Graf Montgelas die für
die Auslieferungsliste ausersuchten deutschen
„Genossen“ aufzählt, doch willig ist dem Ver-
langen der Entente zu fügen, um Deutschland
kein Schwermüßiges zu machen, wie kommt es,
daß die deutsche Regierung der Entente durch ihr
Gesetz über die Strafverfolgung der deutschen
„Kriegsverbrecher“ eine Brücke zu bauen ver-
sucht, wie kommt es, daß Herr Ebert die Nachricht
dementieren läßt, sein Verbleiben im Amt des
Reichspräsidenten sei mit der Schmach der Aus-
lieferung unvereinbar? Sind das alles nicht
dieselben Schachzüge, die der Feind schon einmal
erlebte, als Graf Brockdorff-Rantzau in Versail-
les sein Unannehmbar auszusprechen und Herr Erz-
berger in Berlin die Entente-Agenten wissen ließ,
Deutschland werde alles unterschreiben? Wir
plaudern es der Regierung auf das Wort, daß si-
ch mit Händen und Füßen gegen die Ausliefe-
rung deutscher „Verbrecher“ sträubt. Aber die
Art, wie sie versucht, den Kopf aus der Schlange
der Entente zu ziehen, ist grundfalsch. Wie die
Erfahrung gelehrt hat und wie die Entwicklung
weiter zeigen wird, ziehen wir auf diese Weise
den Strick nur immer fester zu.

Die Demokraten sind vor einem starken
halben Jahr, aus der Regierung ausgetreten,
weil sie nicht nach Versailles gehen mochten. In die
Regierung, die nach Versailles gegangen war, wie-
der einzutreten, nahmen sie dann allerdings lei-
nen Anstand. Wir haben damals darauf aufmerk-
sam gemacht, daß das Reichsministerium des
Innern die Stelle ist, von wo aus, nach bewährter

Ueberlieferung der westlichen Musterdemokratien,
die Wahlen „gemacht“ werden. Die
Demokraten haben die moralisch vorteilhafte Stel-
lung, in der sie durch das Ausscheiden vor dem
28. Juni eingerückt waren, wieder preisgegeben,
um den Kosten des Generalschachschers für die
nächsten Reichstagswahlen mit einem der Ihren
besetzen zu können. Von den Plänen, die der neue
Mann, zum Heil der Seinen und demnach ihrer
Verbündeten, wagt, ist neuerdings einiges durch-
gedrungen. Herr Koch scheint dabei Clemenceaus
„Musterdemokratie“ zu seinen Entschlüssen be-
geistert zu haben. Die französische Republik ist
zwar so kapitalistisch wie nur möglich, und die
deutsche Republik will sozial sein. Herr Koch aber
ist ein Mann ohne Vorurteile, er denkt: warum
sollte der Sozialismus nicht vom Kapitalismus
lernen? Also sah Herr Koch die Erfolge an, die
Clemenceau mit einer gräßlichen Verwahrlo-
sung der Verhältnismäßigkeit erzielt hatte, und fand,
daß sie auf wägen. Die französischen Kammerwahlen
wurden aber gemacht nach einem System, das die
frechste Verkünderung des Grundgesetzes der Verhält-
nismäßigkeit darstellte, bis ein reaktionäres Gemüt
ausstiehlte konnte. Während die Verhältnismäßigkeit
gerade den Schatz der Minderheiten bewahrt, hat
die französische Musterdemokratie es fertig ge-
bracht, ein System zur rücksichtslosen Unter-
drückung gerade der härtesten Minderheiten auf
den Namen der Verhältnismäßigkeit zu taufen! Das
können die regierenden Republikaner. Im zweiten
Jahre nach der Revolution, in Deutschland denn
noch nicht gleich nachmachen, aber das Ziel, Unter-
drückung harter Minderheiten, schwebt auch ihrer
Wahlreform als erstrebenswert vor. Auch sie mö-
chten bis zur Neuwahl die Verhältnismäßigkeit noch so
weit umbauen, daß die Minderheiten möglichst
wenig Anteil mehr davon haben. Vor allen
Dingen soll die Listenverbindung heraus, die es
kleinen Parteien ermöglicht, getrennt zu mar-
schieren, aber vereint zu schlagen. Was den klei-
nen Parteien erlaubt ist, ist den Großen nicht
verboten, aber Demokraten und Sozialdemokraten
wagten bei den ersten Wahlen der Republik lei-
den ersten Gebrauch davon zu machen, die So-
zialdemokraten traten aus Angst vor den Unab-
hängigen, und die Demokraten nicht aus Angst
vor den Sozialdemokraten, und das Zentrum hat
sich handelte munter drauflos. Seitdem gilt die
Listenverbindung, die eine demokratische Erfin-
dung ist, bei den Demokraten als „unethisch“, und
ihre Wahlminister fühlen den Wurm in sich. Im
Mere des Wahlscheiters die Ethik zu heben.
Daher hinaus scheinen die rotierenden Herren
nicht über Lust zu haben, die Art an die Wurzel
der Verhältnismäßigkeit zu legen. Die hat nur einen
Sinn in möglichst groben Wahlkreisen. Je
größer der Wahlkreis, um so genauer die Gerech-
tigkeit in der Verteilung der Sitze auf alle Be-
rechtigten. Verkleinerung der Wahlkreise richtet
sich mithin gegen den Lebensnerv der Verhältnis-
mäßigkeit, der in eben der denkbar gerechtesten Ver-
teilung liegt. Hier ist offenbar wieder ein ganz
gemeiner Subbottel am Werke. Das Zentrum
läßt sich den Verzicht auf die Listenverbindung
nur „bringen“, wenn seine Geschäftsteilhaber ihm
eine Kompensation der Wahlkreise bewilligen, was
es sich für die besonderen Vorteile zu ent-
schädigen hofft, die ihm aus den Abstrichen zu-
folge des Versailles „Friedens“ drohen. Wie
aber der Handel auch charakterisiert sein mag; es ist
eine höchst gefährliche Wahn, die die rotierende
Mehrheit zu kotzen sich hier anschickt. Eine der
vornehmsten Staatsinstitutionen, das Wahlrecht,
soll in den Dienst des parteipolitischen Machts-
bundes gestellt werden. Von da zum Mißbrauch
des bürgerlichen Rechts oder des Strafrechts für
parteipolitische Tageszwecke ist dann nur noch ein
Schritt. Wollen die Machthaber von
heute denn nicht, daß sie, in ihrer Angst vor den
Neuwahlen sich anschicken, den Preis abzugeben,
worauf sie sitzen? Das wäre zur Not zu extrahieren,
männ nur das böse Beispiel, einmal ansehen, nicht
fortwirken und den Staat, der über den Parteien
sein sollte, zum Verhängnis der Selbstsucht der Par-
teien erniedrigen würde.

Wer sich noch der Kämpfe erinnert, die der ge-
setzlichen Stabilisierung der kleinen Auf-
gaben im ehemaligen Reichstage vorangegangen

sind, der weiß auch noch, mit welcher tiefer Befrie-
digung die Linke vornehmlich die Einmündung in
dieses Ziel gebucht hat. Das Fragerecht des Par-
laments war damit festgelegt, und jeden Freitag
traten die neugierig Wissbegierigen der Parteien
vor die Kammer und heischten Auskunft. Von
sachlichen Gesichtspunkten geleitet die einen, von
mehr agitatorischen Beweggründen aus die ande-
ren. Bassezmann benutzte damals schon in
den Anfragesitzungen dieser Einrichtung, meißtens
geradezu, die kleinen Anfragen zu einer breiteren
Aufrollung außerpolitischer Probleme, die ihm
bekanntlich von je an am Herzen lagen. Seit
dem die Revolution über das alte Regime vor-
läufig gesiegt hat — wie, das lehrt uns jeder
Tag unseres bejammerenswerten Ständebaus
angenehmlich aufs neue! — ist die Zahl der klei-
nen Anfragen naturgemäß gewachsen. Das liegt
sollte man meinen, zunächst im demokratisch-par-
lamentarischen System überhaupt, das ja eine in-
nigere Verbindung zwischen Regierung und Re-
gierten herstellen will; dann aber auch in der
Küste von neuen Fragenkomplexen, die die nützliche
Umkehr aller Dinge bewirkt hat. Einen Grund,
hust von der Regierung gegen das Entkommen der klei-
nen Anfragen Sturm zu laufen, müßte es von
Rechts wegen gar nicht geben. Aber — früher
war die jetzige Regierung Opposition und heute
befinden sich darin die früheren Regierungspar-
teien. Und jetzt werden diese kleinen Anfragen
von der Opposition der Rechten — und wie die
Wissbegierigen der Deutschen Volkspartei
bemeistert, nicht nur nicht schlecht, sondern geradezu
glänzend gehandhabt. Mal untersuchen unsere
Bilder und Recherchen den Machtbereich Erz-
herzogs; mal überprüft Stresemann den des Herrn
Müller; mal beschließen Heinze und Kuno den Puls
des Herrn Schmidt; mal recht Pusche den Regie-
rungsgedankenirrgängen, soweit sie die Landwirt-
schaft betreffen, nach Post, Reichs- und
Verständigung amtlicher Gelder, Ausnützung der
Machtphären zu parteipolitischen Zwecken — kurz:
all und jedes gelangt in der Form der kleinen
Anfragen vor das Forum der Öffentlichkeit und
heißt die neuen Herren in ihrer ganzen nackten
Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit vor die entsetz-
ten Volksoeffnen hin. Sie sind schon oft darob
nervös geworden: mehr als das: sogar unner-
schämte, wenn nämlich irgendein neugieriger Re-
gierungskommissar aus Galtzien, die Hände in den
Hosentaschen, irgendeine billige Weisheit her-
untergeschobderle. Jetzt scheint das Maß voll zu
sein: denn jetzt ist die Regierung des trodenen,
fliegenden Antworten satt und will in Zu-
kunft die Antworten auf diese „Anfragen“ nicht
mehr rein sachlich und kurz halten, sondern „die
Anfragen mit einsehender Sachher Beantwortung,
natürlichfalls heißt in scharfer Form, hantieren.
Gleichzeitig soll dahin gewirkt werden, daß die
Antworten ausführlicher, als bisher ausfallen, von
der Presse verbreitet werden“. Mit anderen Wor-
ten also: Eine aus rein sachlichen Beweggründen
entsprossene Anfrage (denn für die Unfähigkeit
oder Loderheit der Regierung kann doch der An-
frager nichts) soll in Zukunft, ar und kläglich,
das ist das Wichtigste, unsachlich, prolenochläßig
und orob beantwortet werden: und mehr als das:
durch die Gelder der Allgemeinheit zu sink und
kommen dieser unsachlichen, phrasenhaften
und groben Regierung propagandistisch auswer-
tet werden. Wir sind gewohnt, wie das Echo auf
diesen neuesten Schwabenkreisch dieser Schwaben-
regierenden Regierung lauten wird. Wie es bei den
Machern lauten wird, dafür zu sorgen, muß
Sache unserer Freunde im Lande sein, die sich
über eine Motivallunergieigkeit dieser kammari-
schen Regierung für die kommenden
Kämpfe um den neuen Reichstag wirklich nicht
zu beklagen brauchen.

Aus Welt und Zeit.

Die Dollarstauer und Oberschleusen.

In den New-York Times, die zu den eifrig-
sten Parteigängern Wilsons während des ganzen
Krieges gehörten, finden sich Auslassungen
zur oberschleusen Frage, die in
Deutschland erhebliche Beachtung verdienen. Sie
sagen klipp und klar, wie finanzielle Interessen

die polnische Politik der Dollarikaner bestimmen. In Washington ist nämlich der neue polnische Gesandte Fürst Lubomirski eingetroffen. Die „Times“ begrüßen ihn also in echt dollarikanischer Weise: „Etwas mehr als sentimentales Wohlwollen für Polen ist erforderlich. Polen hat viele ernste Probleme, äußere wie innere — mehr vielleicht als irgend eine andere Nation in Osteuropa. Amerikanischer Kredit kann eine Rolle bei der Wiederherstellung der polnischen Industrie spielen, was sowohl Polen wie uns zugute kommen kann. Noch dringender aber ist die Frage der ehemals in preussischem Besitz befindlichen Gebiete, über die eine Volksabstimmung entscheiden soll. Fürst Lubomirski erinnert uns daran, daß die Deutschen ihr Bestes tun, um die Abstimmung in Oberschlesien zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Sie werden darin fortfahren, falls sie nicht durch die Anwesenheit verbündeter Truppen gehindert werden. Es ist nur zu hoffen, daß jene Klein-Amerikaner, die so fest entschlossen sind, sich nicht in die Angelegenheiten Europas einzumischen, einsehen, daß, wenn es ihnen gelingt, amerikanische Truppen daran zu hindern, an dem Schutz der Wähler in Oberschlesien teilzunehmen, sie gerade durch diese Handlungsweise in europäischen Angelegenheiten zum direkten Vorteil Deutschlands herumgepfuscht haben.“ Was Fürst Lubomirski in Washington „erinnert“ hat, läuft auf Tatsachenschilderung hinaus. Oberschlesien ist urdeutscher Besitz. Die Ansprüche der Polen sind durch nichts begründet, denn sonst hätte jeder europäische Staat das „Recht“, die Gebiete der Vereinigten Staaten zu fordern, in denen eine gewisse Zahl europäischer Ansiedler wohnt.

Die wirtschaftlichen Folgen des jetzigen Regimes.

Wie das Ausland über die wirtschaftliche Zukunftsentwicklung unter der Herrschaft des Sozialismus in Deutschland denkt, darüber kann sich unsere Industrie hinreichend unterrichten aus den immer wieder vorkommenden Auftragsverweigerungen unter ausdrücklichem Hinweis auf die Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Außerordentlich charakteristisch aber ist, daß sogar der Pariser „Temps“, der an und für sich gegen die sozialistische Mißwirtschaft in Deutschland aus chauvinistischen Gründen nichts einzuwenden hat, dem Deutschen Reich folgende wirtschaftliche Prognose stellt:

„Innerhalb eines Jahres hat die Revolution das Nationaleigentum, das vier Jahre Krieg kaum angegriffen hatten, in Frage gestellt. ... Der deutschen Regierung fehlt der Mut, zuzugeben, daß ihre marxistischen Utopien nicht verwirklicht werden können. Sie zieht vor, die Illusionen ihrer Anhänger dadurch zu vereinigen, daß sie immer höhere Löhne bewilligt, und den Arbeitslosen Naturalien und Geldunterstützungen zukommen läßt, und zwar in einer Höhe, die selbst durch die höchsten Steuern nicht ausgeglichen werden kann. Diese verderblich bringende Lage wird so lange dauern, wie das sozialistische Regime dauert, und wenn die politische und finanzielle Reaktion zu lange auf sich warten läßt, dann wird eine vollständige Entwertung der Mark und der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands die Folge sein.“

Wenn man die Kurve der Valutaentwicklung seit der Revolution verfolgt, die eine ständig fallende ist, so begreift man, daß vom ersten Augenblick an die Wirkung der politischen Mißwirtschaft in der Richtung des wirtschaftlichen Niedergangs sich geltend gemacht hat. Wie man sieht, ist das Ausland in der Beurteilung unserer Lage noch sehr viel pessimistischer, als wir in Deutschland selber.

Freie Bahn dem Tüchtigen!

Der „Echternacher Anzeiger“ (Luxemburg) erzählt folgende merkwürdige Geschichte:

Die hiesige Firma L. Buss Nachf. hatte vor dem Kriege in Berlin einen Vertreter für den Verkauf von Magenbittern an die Wirtschaft. Er zeigte sich jedoch nicht als besonders leistungsfähig. Auch mit der Ehrlichkeit war es nicht weit her, denn er unterschlug Gelder, die ihm von der Kundschaft für Rechnung der ge-

nannten hiesigen Firma bezahlt wurden. Im Verlaufe des Prozesses zeigte sich, daß der Mann unpfändbar war, also nichts besaß, was irgend welchen Wert hatte. Die damals über ihn eingezogene Kreditauskunft lautete folgendermaßen: „E. D. hat in einem gemieteten Laden eine Handlung in Zigarren und Lotterielosen errichtet, die ihm mehr als die Existenz nicht einbringt. Seine Ehefrau nennt sich (!!!) Modistin. Die finanzielle Position beurteilt man mit Reserve, auch sind Ruf und Charakter nicht gut. In Anbetracht der geschilderten Sachlage würde man die fraglichen 200 M. Kredit nur gegen Sicherheit eintäumen.“ Dies trug sich 1914 zu, kurz vor Ausbruch des Weltkrieges. Jetzt, nach Beendigung des Weltkrieges, hat das Haus Buss die Entziehung seiner alten Guthaben in Deutschland wieder aufgenommen, und erhält hierüber von dem Amtsgericht in Köpenick folgenden Bescheid:

„Köpenick, 25. Oktober 1919.“

In Sachen Buss gegen D. ist der Zahlungsbefehl mit dem Vermerk zurückgekommen: Empfänger verzogen nach Braunschweig, wo er Ministerpräsident ist.“

In Braunschweig, dem sozialistischen Paradies, ist natürlich noch mehr als im übrigen neuen Deutschland der Grundsatz: Freie Bahn dem — Gefinnungstüchtigen.

Kinder als Betriebsräte.

Eine kürzlich in Essen vom Parteistell der freien Gewerkschaften veranstaltete Massenkundgebung gegen das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung wuchs sich zu einer heftigen Demonstration der Unabhängigen und Kommunisten gegen die Mehrheitssozialisten aus. Die radikalen Redner verworfen das ganze Betriebsrätegesetz in der jetzigen Fassung, forderten Herabsetzung des Wahlalters auf 18, 16, ja teilweise sogar auf 14 Jahre, und Alleinbestimmungsrecht der Betriebsräte. Im Anschluß an die von vielen Tausenden besuchte Versammlung wurde eine Demonstration veranstaltet. Auf verschiedenen umliegenden Plätzen hatte man anlässlich der Demonstration die Nachmittagschicht ausfallen lassen. Die Bergleute zogen in großen Scharen und teilweise unter Vorantragung roter Fahnen in die Stadt zur Teilnahme an der Versammlung.

An der Futterkrippe.

Der durch seine Angriffe gegen die Berliner Lehrerschaft bekannt gewordene sozialdemokratische Stadtverordnete Lehrer Hübner in Berlin soll in nächster Zeit ins Provinzialschulkollegium berufen werden, um nach der Gründung von Groß-Berlin eine der neuen Stellen als Stadtschulrat zu übernehmen. Bis zum 9. November 1918 war Herr Hübner politisch nur als Schriftführer des freisinnigen Bezirksvereins am Halleschen Tor hervorgetreten.

Selbstkritik der heutigen Regierung.

Die dieser Tage zur Ausgabe gelangten neuen 50-Mark-Scheine tragen auf der Rückseite die drei Buchstaben R. B. D. Die verschiedenen Fragen, was diese Buchstaben zu bedeuten haben, sind verschiedentlich dahin beantwortet worden, daß angesichts unserer heutigen traurigen Finanzlage und des gänzlichen Mißerfolges der Erzbergerischen Prämienanleihe als Lösung dieser Preisaufgabe wohl nur: Ruin — Bankrott — Alles in Frage kommen. Die naheliegende Erklärung, daß die Abkürzung „Reichsbank-Direktorium“ heißen soll, ist ja wohl ausgeschlossen, da nach der amtlichen Schreibweise sich unser Zentralnoteninstitut in zwei und nicht drei Worten schreibt. Unzweifelhaft hat die heutige Regierung durch diese drei Buchstaben R. B. D. sich eine Selbstkritik angefertigt, wie sie besser wohl nicht hätte ausfallen können.

„Noch immer nicht gesellschaftsfähig.“

Unter obiger Epithete schreibt die gewerkschaftliche Beamtenzeitung u. a. folgendes: Vor einigen Monaten haben wir unser Bedauern darüber ausgesprochen, daß von einem Gesellschaftsabend, den der damalige Reichsminister des Innern, Dr. David, aus Anlaß des

Zustandekommens der neuen Reichsverfassung veranstaltete, die unteren Beamten, selbst die persönliche Umgebung des Ministers ausgeschlossen wurden, obwohl diese Beamten in ihrer Tätigkeit sich durch längere Jahre bewährt haben. Junge Schreibmaschinendamen dagegen wurden zur Gesellschaft hinzugezogen. Wir haben damals die Befürchtung ausgesprochen, daß die unteren Beamten auch im neuen freien Volksstaat unter der neuen Verfassung noch sehr oft würden — vergessen werden. Leider müssen wir heute einen Fall feststellen, der unsere Vermutung nur zu schnell bestätigt. Am 6. Dezember wurden die Beamten des preussischen Finanzministeriums auf die neue Verfassung vereidigt — dazu mußten die unteren Beamten natürlich mit erscheinen. Dann aber fand anschließend in den Räumen des Finanzministeriums bei Minister Dr. Südekum ein Teeabend statt, an dem sich die unteren Beamten nicht beteiligen durften, während auch in diesem Falle wieder Schreibmaschinendamen, die gar nicht vereidigt worden waren, geladen wurden. Diese ostentative Ausschließung aller unteren Beamten ist eine gewollte Beleidigung des gesamten Standes. So himmelhoch stehen sozialdemokratische Minister über dem Proletariat des Beamtentums! Da war es tatsächlich unter der Monarchie doch anders, denn alle Welt weiß, daß die Monarchen regelmäßig auch einfache Leute aus dem Volk und gemeine Soldaten an ihre Tafel zogen.

Deutsche Worte.

Uebersättigt von den vielen patriotischen Phrasen, die man hören mußte, hat man in neuester Zeit wiederum nicht übel Lust gezeigt, Patriotismus und Nationalität als Beschränkungen, als Grillen, ja als Hindernisse der Freiheit noch einmal über Bord zu werfen; jenes Weltbürgertum, jene kosmopolitische Gleichgültigkeit, unter deren schmeichelndem Hauch die Blüte unseres Volkslebens so schmachvoll hinwelkte, die uns so teuer zu stehen gekommen, die wir so grausam gebüßt durch den Verfall unserer politischen Macht, unseres politischen Lebens, — man will sie uns noch einmal als das wahre Lebenselixier, als einziges Heilmittel von allen Nöten und Gebrechen der Zeit empfehlen.

Robert Prutz,

„Vorlesungen über die deutsche Literatur der Gegenwart“ (1847).

Ebert in der Kaiserloge.

Wie dem „Freien Wort“ in Essen aus Berlin mitgeteilt wird, erschien vor einigen Tagen Reichspapa Ebert in Begleitung seiner Frau, unserer jetzigen Landesmutter, in der Berliner Staatsoper, um nach des Tages Lust und Arbeit edle Kunst zu genießen. Daran wäre weiter nichts Auffälliges. Eberts machten sich aber dadurch auffällig, daß sie mit der größten Selbstverständlichkeit in der Kaiserloge Platz nahmen, obwohl doch Rang- und Standesunterschiede angeblich im neuen Deutschland verpönt sind. Kein Wunder, daß sich der übrige Theaterbesucher eine gereizte Stimmung bemächtigte, die sich in erregten Zwischenrufen und fortgesetztem Murren Luft machte. Herrn und Frau Ebert wird also wohl nicht ganz behaglich zumute gewesen sein. Wie man uns versichert, hat Herr Ebert am nächsten Tage mehrere hundert Briefe bekommen, in denen er wegen der Inanspruchnahme der Kaiserloge mehr oder minder heftig angezapft wurde. Na, ja, Landesvater werden ist nicht schwer, es zu sein dagegen sehr!

Kaiserliches Souver.

Der ehemalige Sozialist Südekum, jetziger Finanzminister des preussischen Staates, einstmals Vertrauter der Prinzessin Luise von Koburg, veranstaltete dieser Tage eines seiner beliebten Gättereien. Und siehe da, Muster war der Kreis derer, die freudig dem Rufe des sozialdemokratischen Gastgeber folgten. Da bemerkte man u. a. Walther Rathenau, den Vater der Zwangswirtschaft, und aus den Reihen der Sozialfinanz Herrn Gutmann, den bekannten Direktor der Dresdener Bank. Wie man von einem so

liebenswürdigen Gastgeber, wie es Doktor Süde-
tum nun einmal ist, nicht anders erwarten konnte,
hatte er auch diesmal für seine Gäste eine beson-
dere Überraschung in petto: das Essen wurde
nämlich auf erlesenem Geschirr serviert, das ein-
mal der kaiserlichen Hofhaltung ge-
hört hat! Auf diese zart sinnige Weise wurde
gewissen Leuten, die vor noch nicht zu langer Zeit
als Gäste des Kaisers von diesen selben Tellern
gegessen haben, der Gedanke leichter, nun im so-
zialistischen Deutschland in der Gunst eines
sozialistischen Nachhabers zu stehen.

Geld.

Jegendswo — ich glaube, in den „fliegenden
Blättern“, war einst der urdrollige Satz zu lesen:
„Geld allein macht noch nicht glücklich — man
muss auch welches besitzen!“ Für unsere Zeit
möchte ich diesen Ausspruch dahin ändern — und
zwar in solchen Lettern auf silbernem Grunde:
„Geld allein macht noch nicht glücklich — man
muss auch verstehen, es richtig auszugeben!“

Sophie v. A. d. l. u. g.

Humor vom Tage.

Neulich war ich im Staatstheater. Während
der großen Pause spazierte ich im Foyer, da —
plötzlich einer neben mir auf den Fußboden.
Prempt wurde er von einem Aufsichtsorgan zu-
rechtgewiesen, eine Kränkung, die ihn veranlasste,
sich mit dem Schmerzensruf an mich zu wenden:
„Seh'n S' Herr Nachbar, so geht eine Erntungs-
schaft der Revolution nach der andern verlor'n!“

Drei Märchen.

Ich weiß nicht, was soll es bedeuten,
Dah ich so traurig bin.
Drei Märchen aus kindlichen Zeiten,
Die kommen mir nicht aus dem Sinn.

Das erste vom Land der Scharaffen,
Voll Schinken und Speck und voll Lust,
Wir saßen einst drinnen, wir Affen,
Und haben es gar nicht gewußt!

Das zweite — o scheußliche Wandlung! —
Das Mähenbrödelmotiv.
Die märchenhaft schlechte Behandlung
Erleben wir heute sehr tief.

Die Zukunft, des Dornröschens Heide,
— Doch halt! Das ging' wirklich zu weit!
Da brach die rettende Rede
Gleich hundert Jahre an Zeit!

Silicius. („Phosphor“.)

Aus der Partei.

Reichsklub der Deutschen Volkspartei.

Der Reichsklub der Deutschen
Volkspartei veranstaltet am 18. Januar an-
lässlich des Tages der Reichsgründung ein
gemeinschaftliches Essen in Berlin, zu dem die
Mitglieder aus dem Reich eingeladen werden
und Parteifreunde als Gäste willkommen sind.
Näheres über die Art der Veranstaltung wird
noch bekannt gegeben werden.

Die Deutsche Volkspartei und das Reichsnotopfer.

Die Fraktion der Deutschen Volks-
partei in der Nationalversammlung hat in den
letzten Wochen so zahlreiche, das Reichsnotopfer
betreffende Zuschriften erhalten, daß sie im ein-
zelnen nicht beantwortet werden konnten. Diese
Zuschriften stammten aus den verschiedensten Be-
völkerungsteilen und gipfelten zumeist in der
einstimmigen Befürchtung, die Wirtschaft- und Finanz-
politik der Regierung werde erbarmungslos den
Ruin zahlreicher Existenzen herbeiführen, den
Schaffensfreude und den Sparbetrieb unter-
drücken, ein Schieber- und Spekulantentum
überhandnehmen lassen. Die Fraktion hat die
ihre zugegangenen Wünsche gewissenhaft geprüft.
Sie ist durch Sachverständige ersten Ranges, die
Herren Dr. Becker und Dr. Kieker, in Kom-
mission und Plenum vertreten gewesen und hat

ihreits alles getan, um dem Gesetz über das
Reichsnotopfer eine erträgliche Form zu geben.
Wenn ihr das nicht gelungen ist, so liegt das an
den Machtverhältnissen im Parlament, welche
bei den kommenden Wahlen zu ändern die Auf-
gabe des deutschen Volkes sein wird.

Zur Beamtenbewegung.

Die Regierung verfenet eine Beschwich-
tigungsnotiz, mit der sie den Eindruck er-
wecken will, daß die Beamten offene
Türen einräumen, als sie am vorletzten Sonntag
ihre Kundgebung gegen die Regierung veran-
stalteten. Das Ganze ist eine so breite Irrefüh-
rung der Öffentlichkeit, daß es nicht schwer fällt,
den Verfasser zu erraten. Das Beamtennotopfer
muss sich auf Gehalt und Teuerungszulage
zusammen fassen soll, „wenn die Mittel flüssig
gemacht werden können“, vom 1. April ab erhöht
werden. Weil den Beamten mit solchem Wechsel
auf die Zukunft nicht geholfen ist, verlangen sie
erstmal sofortige Erhöhung der Teuerungszu-
lagen. Erzberger aber — Verzeihung! die Re-
gierung verkündet harmlos, das Kabinett steht
durchaus auf dem Standpunkt, daß eine Erhöhung
der Gehälter stattfinden muß. Die Beamtenschaft
empfand es ferner als Kränkung, daß das Ka-
binett den Beschluß in Sachen Teuerungszulage
faßt, ohne mit den Vertretern der Beamten zu
verhandeln. Erzberger — Verzeihung! die Re-
gierung sagt, daß Verhandlungen im Gange seien.
Nur denkt sie dabei an das Gehalt, nicht an die
Teuerungszulage. Man möchte, um jolsch Ver-
fahren zu kennzeichnen, schon Ausdrücke der Di-
plomatensprache anwenden, wie sie Deutschlands
Außenminister gegenüber dem wehrlosen Fürsten
Rumokoff fand. Die Beamten aber mögen sich für
diese neue Aufklärung über die Beamtenfreunds-
chaft der Regierung bedanken.

Zusammenkunft der Lehrer in der Deutschen Volkspartei.

Der Wahlkreisverband 4 der D. V. P. schreibt
uns: Im Hinblick auf das Vorgehen der anderen
Parteien ist ein enger Zusammenschluß
der gesamten Lehrerschaft, die der Deutschen
Volkspartei angehört, in Vorbereitung. Mit-
glieder derselben werden gebeten, entsprechende
offizielle Schritte der Parteinstanzen abzu-
warten.

Dem „Berliner Tageblatt“ und dem „Vorwärts“ ins Stammbuch.

Der englische Vordanzler pries vor einiger
Zeit bei einem Essen der British International
Association of Journalists die Haltung der eng-
lischen Presse während des Krieges. Bezugnehmend
auf das Buch Ludendorffs, den er einen hervorragenden,
entschlossenen und hartnäckigen Mann nennt,
bestätigt er dessen Ansichten über die Wirksam-
keit der Presse in beiden Ländern. Man
müsse Ludendorff beipflichten, wenn er sage, daß
die Stimmung des englischen Volkes mit mehr
Geschick aufrechterhalten wurde als in Deutschland
und daß dies wesentlich zu dem Zusammenbruch
der Mittelmächte beigetragen habe. Bei minde-
stens drei Gelegenheiten habe Englands Geschick
auf des Meisters Schmelde gestanden. Wenn in
diesen Zeiten die Regierung sich nicht auf die
Presse hätte verlassen können, dann hätte sie nicht
so auf die Volkstimmung bauen können. Man
habe der Presse gesagt, was sie tun sollte, wie das
Land eine Zeit ungeheurer Gefahr durchmache,
daß es wesentlich sei, den Geist der Bevölkerung
zu erhalten und daß die Rückschlüsse im richtigen
Verhältnis dargestellt werden müßten, weil die
Leute sonst denken könnten, alles sei verloren.
Die Presse-Angehörigen könnten auf ihre Leistun-
gen stolz sein.

Siegen. Der in unserer Nummer vom 13. 12.
1919 wiedergegebene Artikel von Herrn Privat-
dozent Professor A. Macco ist der Kölner
Universitätszeitung entnommen und
war dort gedacht als Aufforderung an die studie-
rende Jugend zu praktischer Mitarbeit in der
Vollbildungsarbeit.

Siegen, 2. Jan. „O du fröhliche, o du selige,
gnadenbringende Weihnachtszeit“. Mit dem gemein-
samen Gesang dieses Liedes schloß die Weihnachts-
feier des Deutsch-Nationalen Jugend-
bundes, Ortsgruppe Siegen, am Dienstag Abend.
Und die Stimmung der schönen Weise zog durch die
wirkungsvolle Veranstaltung, mit der sich die Jugend
zum ersten Male selbsttätig vor der Öffentlichkeit
zeigte. Zu Beginn des Abends legte sie durch ihren
jugendlichen Vorstehenden ein schönes Gelöbnis ab, das
die Alten mit froher Hoffnung erfüllen kann und kurz
zusammengefaßt folgenden Inhalt hatte: „Stets
wahrhaft echte Religiosität zu üben, die Liebe
zur Heimat zu pflegen und eifrig zu sein in der
Treue zum Vaterlande und zu seinen großen Männern,
heranzuwachsen in hrem Geist, um fähig zu werden,
unser armes Vaterland auf neuer Grundlage, aber im
Anschluß an das bewährte Alte, wieder einer Zukunft,
würdig seiner Vergangenheit, entgegenzuführen.“ Dann
wurde die traute Weihnachtsmär, wie sie sich in so in-
ziger Weise nur in der deutschen Kunst wiedererregt,
den zahlreich erschienenen nahegebracht. Poesie und
Prosa, Musik und Lebende Bilder im Anschluß an alte
deutsche Meister gestellt: die heilige heilige Nacht,
das stolze Fest der hlg. drei Könige und die Ruhe auf
der Flucht nach Ägypten, verlegt in einen deutschen
Märchenwald, wechselten miteinander ab. Alle waren
mit Lust und Liebe bei der Sache, sie trugen dazu bei,
die Feier schön und eindrucksvoll zu gestalten, und
daraus sei ihnen an dieser Stelle nochmals herzlich ge-
dankt! Mit voller Befriedigung kann die Jugend auf
ihre erstes Fest zurückblicken. Und da bei einem ersten
deutschen Weihnachtsfest die Gaben nicht fehlen dür-
fen, so blieben auch sie nicht aus. Eine Verlosung
leitete hinüber in den gemütlichen Teil, der noch ein
kurzes Stündchen die Veranstalter des Abends zu-
sammenhielt.

Vor der Strafkammer zu Siegen hatte sich am
30. 12. 1919 der frühere Missionar und jetzige
sozialdemokratische Agitator Christian Mengel
aus Oberndorf (Wittgenstein) wegen Sittlichkeits-
verbrechens zu verantworten. Die Verhandlung
endete mit der Freisprechung des Angeklagten,
die indes nicht deshalb erfolgte, weil sich die völ-
lige Unschuld Mengels ergeben hatte, die vielmehr
aus dem Grunde erfolgen mußte, weil sich nicht
erweisen ließ, daß Mengel die Grenze, wo das
sittlich Anstößige zur strafbaren Handlung wird,
überschritten hatte.

Bei Huthkeiner, Siegen, Bahnhof-
straße, treffen sich jeden Mittwoch von
6-8 Uhr die Parteifreunde an einem Partei-
stammtisch; Auswärtige willkommen.

Ausschneiden! Ausfüllen!
Portofrei an die Post senden!

Hiermit bestelle ich für die Monate Januar
und Februar die Zeitschrift

„Der Beobachter“

(Erscheinungsort Siegen).

Das Blatt bitte ich in meiner Wohnung
abzugeben — werde ich am Posthalter ab-
holen.

(Nicht Zutreffendes zu durchstreichen.)

Name

Wohnort

Straße

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen
der Deutschen Volkspartei (Herrn Klinglpor.
1. Vorsitzender), Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fern-
ruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 51,
Siegen.

Verkehr nach Italien und Spanien via Schweiz-Frankreich

Die gesamte **Siegerländer Industrie** gestatte ich mir auf meinen bestorganisierten Verkehr nach der Schweiz, Italien und Spanien sowie Uebersee via Genua und Venedig aufmerksam zu machen.

Agenten und Korrespondenten an allen wichtigen Plätzen des Kontinents.

Zollabfertigung.

Moderne, grosse Transit- und Freilager in der Schweiz und Deutschland.

Sammelverkehr ab Schweizergrenze nach allen wichtigen Plätzen Nord- und Mitteldeutschlands.

Vertreter der Firma Fischer & Reichsteiner, Chiasso.

L. NOERPPEL-ROESSLER

INTERNATIONALE TRANSPORTE

FRIEDRICHSHAFEN a. B.

Gegründet 1892.

Telephon 11.

Zweigniederlassungen:

KONSTANZ
(Baden)
Telephon 153

ST. GALLEN
(Schweiz)
Telephon 3227, 3275

ROMANSCHORN
(Schweiz)
Telephon 215

RENSCHACH
(Schweiz)
Telephon 124

Anfragen und Auskünfte erbitte an mein Haus Friedrichshafen.

Reklame

Ist für
den Geschäftsmann,
was der Dampf für
die Maschine

die große
be-
wegende
Kraft.

Silberstahl

fertigt in allen Dimensionen aus
prima Qualität ab Lager
+122] **Emil Stöcker,**
Tel. 2780. Pagen 1. u. 2.

Landw. Technikum

Maunster L. W.
Ausbildung junger Leute zu
landwirtschaftl. Beamten.

Deutsche Volkspartei

Freitag, den 16. Januar 1920,
abends 8 Uhr

im Saale der Wirtschaft Langen-
bach, Wilhelmstraße

Monats- Versammlung

der Frauen
der Deutschen Volkspartei.

Vortrag:

„Die Schulpolitik der Regierung
und die Elternbeiträge.“

(Redner:

Geschäftsführer Mittschke.)
In Anbetracht der Wichtigkeit
des Themas werden alle Frauen
und Männer der D. V. P. herzlich
eingeladen.

Der Frauenauschuss.



Merken Sie etwas

von Beschädigungen an Ihrem
Schirm, so bringen Sie ihn aus-
zur Reparatur, wir machen ihn
wieder wie neu.

Schirmgeschäft

Graaf & Schäfer,

nur Marburger Tor 18

Gummis- Bringwaizen- Bezüge

für Heiß- und Kalt-Wasser
in feinsten Ausführung.

Walter Dierks, Dillenburg

Techn. Gummiwaren
und Gabelschäfte.

Preisliste kostenlos.

Alle Formen teils
schon vorhandene

**Obstbäume
Beerensträucher**

sowie

**Rosen
Ziersträucher und
Alleeabäume**

empfiehlt

**Siegerländer
Baumschulen**

Wilhelm Pätzold

Weidenau (Sieg).

Machen Sie eine
Probebestellung.